

Sonderpädagogische Mitteilungen

Ausgabe 1/2019



Inhalt Ausgabe 1 / 2019

- 01 KEG-Leitartikel**
- 02 Das KEG-Landesreferat Sonderpädagogik / Förderschulen**
- 03 „Streiflichter“/ Infos aus dem KEG Landesreferat
„Sonderpädagogik/ Förderschulen“**
- 05 Förderschulen fordern universitäre Nachqualifizierung**
- 06 AfD - Vorsitz im Bildungsausschuss**
- 07 Wissenswertes aus dem Koalitionsvertrag für die
Legislaturperiode 2018 – 2023 geschlossen zwischen
der CSU und den Freien Wählern**
- 08 Schulische Pflegekräfte-Schulbegleiter an Förderschulen**
- 09 Der Berufsbildungsbericht 2017 – einige Bemerkungen**
- 10 Entlastung der Schulleitung**
- 11 Menschenverachtende Agitation gegen Menschen mit
Behinderung! - Kleine Anfrage der Fraktion der „AfD“ im
Bundestag zu Ursachen von**
- 12 Förderschulen in Bayern: Statistischer Bericht zum
Schuljahr 2017/2018**



Mitteilungen

Landesreferat Sonderpädagogik

KEG-Leitartikel

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach einer längeren Pause erhalten Sie wieder eine Ausgabe der Mitteilungen des Referats Sonderpädagogik in der KEG. Wir hoffen, dass sie Inhalte umfasst, die Sie interessieren!

Der Zufall will es, dass sowohl der Koalitionsvertrag der bayerischen Regierung als auch der Beschluss der Bundesregierung, den Schulen mit einem Milliardenprogramm für die Digitalisierung der Schulen unter die Arme zu greifen zur etwa gleichen Zeit bekannt wurden. Dazu muss das Grundgesetz geändert werden. Für das Jahr 2019 stehen 720 Millionen Euro zu Verfügung. Dagegen steht im bayerischen Koalitionsvertrag: „Am Kooperationsverbot, das die Zuständigkeit der Länder für die Schulpolitik sichert, halten wir nachdrücklich fest“. Andererseits will die Regierung die digitale Bildung kraftvoll vorantreiben.

Das bayerische Regierungsprogramm sieht für die Schüler eine Stärkung vor: Bis 2023 werden 5000 Lehrer neu eingestellt, um Unterrichtsausfall zu vermeiden, kleinere Klassen zu erreichen und die individuelle Förderung sicher zu stellen. Auch die Schulverwaltung solle gestärkt werden, 500 Stellen für Schulpsychologen und Sozialarbeiter werden geschaffen. Ganz besonders freut es uns, dass die Befristung von Anstellungsverträgen weitgehend abgeschafft werden sollen. Auch für Berufsanfänger wird eine Besserstellung kommen, und zwar dadurch, dass bei der Besoldung die erste Altersstufe übersprungen wird. Die Zweitqualifizierung für Grund-, Mittel- und Förderschulen wird bis auf weiteres verlängert (- was wir mit großen Bedenken weiter „beobachten“ werden!).

Die Förderschulen seien unverzichtbare Kompetenzzentren - und der Motor für Inklusion (Was bedeutet das genau??). In der Öffnung der Förderschulen sieht die Regierung einen Ausbau der Angebote. Ein pädagogisches Rahmenkonzept soll für die Inklusion an staatlichen Schulen erarbeitet werden.

Das Programm der bayerischen Regierung sieht viele positive Ansatzpunkte gerade auch für den Bereich der Förderschulen vor. Trotzdem verbleiben noch zahlreiche Punkte und Fragestellungen für unsere verbandliche Arbeit in der Zukunft. Auch ist uns noch unklar, wie der neue Kultusminister – Prof. Piazzolo grundsätzlich und auf lange Sicht zur „Inklusion“ und den Förderschulen steht (?).

Mit kollegialen Grüßen!

Klaus Welsch, Leiter des KEG – Landesreferats Sonderpädagogik / Förderschulen
mit dem Redaktionsteam Hans Steinbauer und Thomas Herbst

Das KEG-Landesreferat Sonderpädagogik / Förderschulen

Welsch Klaus

e-mail: maria.klaus.welsch@t-online.de
e-mail: k.welsch@papstbenediktschule.de

Faltermeier Ludwig

e-mail: steinfalter@web.de

Heinlein Erich

e-mail: spardo@maxi-dsl.de

Kocbek Susanne

e-mail: kocbek.kohl@t-online.de

Steinbauer Hans

e-mail: HansSteinbauer@t-online.de

Seitzinger Karl-Heinz

e-mail: rk-seitzinger@t-online.de

Kooptiertes Mitglied des "VLB"

Herbst Thomas

e-mail: t.p.herbst@web.de
e-mail: leitung@st-gunther-cham.de

Vogt Benedikt

e-mail: vogt.thannhausen@freenet.de

„Streiflichter“/ Infos aus dem KEG Landesreferat „Sonderpädagogik/ Förderschulen“

Lehrerversorgung an Förderschulen

- Die Schülerzahlen an den Förderschulen steigen flächendeckend an! Anfragen und Anmeldungen an die (von der Politik „totgesagten“ und nur noch geduldeten!) SVE`s steigen ebenfalls! (Hier sieht die KEG erneuten Handlungsbedarf!
→ Siehe Punkt **SVE**)
- Die Nachqualifizierungsmaßnahmen zum Sonderschullehrer sollten aus unserer Sicht universitär! durchgeführt werden! → Die KEG – Sonderpädagogen sehen darin eine berechtigte, ja notwendige Forderung, um die sonderpädagogische Fachlichkeit nicht aufzuweichen!
→ Die im Moment laufende Weiterqualifikationsmaßnahme für Gymnasial- und Realschullehrkräfte darf – unserer Meinung nach - nur eine vorübergehende „Notmaßnahme“ sein!!! (Davon ist im Moment von Seiten des KM aber nichts mehr zu hören?!!) → Im Übrigen warten wir Alle sehnsüchtig auf die – im CSU – Bildungspaket – vorgesehene/ versprochene Einrichtung/ „Aufstockung“ der Sonderpädagogik – Ausbildungskapazitäten (u.a. neue Lehrstühle und mit Regensburg ein neuer Uni – Standort! → 2020!?)
- Die Lehrerstundenzuweisung war heuer wohl im Allgemeinen relativ gut/ zufriedenstellend – die Personaldecke ist an den Förderschulen aktuell aber schon wieder zum großen Teil sehr dünn und die Mobilien Reserven schon „aufgebraucht“
- Bzgl. der staatlichen Kinderpfleger – Stellen tut sich seit vielen Jahren von Seiten des KM NICHTS! → Hier sieht das Landesreferat großen Handlungsbedarf!! → die alternative „Ausweichmöglichkeit“ über die „Schulbegleiter“ (finanziert über die Bezirke, manchmal auch über Jugendämter) steht – „quantitativ und qualitativ“ - auf viel zu labilen, unsicheren Füßen: wir brauchen hier dringend – von Seiten des Staates/ des KM! – ein stabiles, festes, ausreichendes Schulbegleiter - „Deputat“, das auch von der Fachlichkeit her gesehen klar beschrieben und für „unsere“ Schülerschaft qualifiziert/ ausgebildet ist!

SVE:

Beschluss: Obwohl die letzte Initiative unseres Referats noch nicht lange zurück liegt und die Politik und das KM überhaupt kein Interesse an einer Verbesserung der Bedingungen für die SVE`s zeigte, möchten wir eine neue „SVE – Initiative“

starten, in der es um wesentlich verbesserte Ressourcen (Personal!, Ganztagsmöglichkeiten, ...) und auch um einen – offensichtlich notwendigen – quantitativen Ausbau der SVE`s geht. Außerdem soll ein wichtiger Punkt dabei sein, auch für die SVE`s (wie für KITA`s) eine Aufnahme für unter 3 – jährige Kinder zu ermöglichen.

Schulleitungen

Das Referat stellt fest: Die Schulleitungen werden und sind immer mehr belastet: immer neue und schwierigere Aufgaben werden ihnen aufgebürdet, ohne dass die äußeren Bedingungen verbessert werden; dies gilt auch für die Situation bei den Verwaltungsangestellten

→ eine erneute Initiative der KEG wird als notwendig erachtet!

Sonstiges

- Weiterhin eher Zunahme der Schüler mit umfassenden Verhaltensauffälligkeiten (Die Förderzentren als „Entlastungsfunktion“ der Regelschulen, sonst würde dort das System „zusammenbrechen“)
- MSD: eine komplexe und schwierige Aufgabe, für die es immer schwieriger wird, geeignete Lehrkräfte zu finden
- Die zusätzlich zugewiesenen Planstellen werden meist/ oft an Lehrer anderer Schularten vergeben (Sonderschullehrermangel)
- Die Kontakte zwischen dem VLB (= Verband der Berufsschullehrer) und der KEG im Bereich Sonderpädagogik/ Förderschulen sollen noch verstärkt werden; z.B. auch durch eine gemeinsame (Fortbildungs-) Veranstaltung
- Versuch einer Gesprächsfindung mit dem Nachfolger von Hrn. Weigel am KM – Hrn. Gössl –
- Es gibt wohl wieder starke Tendenzen/ Versuche von Seiten des KM, Die „Sonderberufsschulen“ in die Allgemeine Berufsschulabteilung (Hr. Denneborg) zu „verschieben“/ einzugliedern! → dem würden/ werden wir auch diesmal wieder vehement entgegenzutreten!

Klaus Welsch, Referatsleiter

Förderschulen fordern universitäre Nachqualifizierung

Der Lehrermangel an Förderschulen ist schon seit Jahren groß. Nicht weil nicht genügend Planstellen zur Verfügung stehen, sondern weil die Lehrer fehlen. Von Seiten des Staates sind zusätzliche Planstellen geschaffen worden und werden es noch. Auch die Ausbildungskapazitäten werden ausgeweitet, und zwar dadurch, dass auch in Regensburg an der Universität neue Lehrstühle für Sonderpädagogik geschaffen werden und in München und Würzburg mehr Studienplätze entstehen.

Im Bildungspaket für Bayern sind diese Verbesserungen angekündigt. Die Mehrung der Planstellen kommt zum Teil der Inklusion mit den Mobilen Sonderpädagogischen Diensten zu Gute, zum Teil den „klassischen“ Förderschulen. Die Katholische Erziehergemeinschaft begrüßt ausdrücklich diese Verbesserungen für den Förderschulbereich!

Aber es fehlen die „Köpfe“, die sich zu Sonderpädagogen ausbilden lassen. Mit Sonderschullehrern kann der Bedarf an den Förderschulen mit ihren umfänglichen Aufgaben schon seit längerer Zeit nicht gedeckt werden. Man „griff“ auf Grundschullehrer zurück, in neuerer Zeit auch auf Lehrer mit dem Studium für das Lehramt an Gymnasien und Realschulen. Hier handelt es sich um kurzfristige Notmaßnahmen, um den aktuellen Bedarf zu decken. Die Lehrkräfte können mit Weiterbildungsmaßnahmen zu Sonderschullehrern ausgebildet werden. Dies geschieht durch berufsbegleitende Seminausbildung. Die KEG hält diesen Weg für eine – übergangsweise und eng befristete – Notmaßnahme!, auch wenn er derzeit hilft, den Schulen die benötigten Lehrer zuzuweisen; denn:

Die Weiterqualifikation/ Ausbildung zum Sonderpädagogen muss unseres Erachtens unbedingt universitär erfolgen! Denn nur die universitäre Nachqualifizierung beinhaltet die nötige Fachlichkeit.

Die Katholische Erziehergemeinschaft appelliert an das Bayerische Kultusministerium, die Nachqualifizierung von Grundschul-, Realschul- und Gymnasiallehrern universitär auszurichten und dadurch den Bedarf an Sonderschullehrern zu decken.

AfD - Vorsitz im Bildungsausschuss

Die AfD übernimmt den Vorsitz im Bildungsausschuss im Bayerischen Landtag! Eine Entscheidung, die die KEG in Bayern mit großer Sorge verfolgt. Die Partei „Alternative für Deutschland“ hat sich bildungspolitisch bisher in keinem der Bundesländer engagiert. Und in Bayern hat sie erst im September 2018 auf die Wahlprüfsteine der KEG im Bereich Bildungspolitik keine Antworten liefern können, da sie „dazu keine programmatische Position erarbeitet hätte“: Was man von ihr im Zusammenhang mit Schule und Bildung bislang gehört hat, war die Aufforderung an Kinder, ihre Lehrer zu bespitzeln. Und aus der Partei kommt nun der Vorsitzende des bayerischen Bildungsausschusses!

Gerade im Blick auf unsere Schülerinnen und Schüler die behindert sind, deren Weg durch die Schule und durch das Leben schwerwiegender und mühsam ist, sind wir, die Sonderpädagogen in der Kath. Erziehergemeinschaft (KEG) alarmiert. Wird auf die besonderen Bedürfnisse der Schülerschaft auf die ganz eigenen Strukturen des Sonderschulwesens, auf die Vielfalt des an Förderschulen tätigen Personals Rücksicht genommen! Wird auch künftig die pädagogische Arbeit an den Förderschulen getragen sein vom Bewusstsein der (Voll-) Wertigkeit der Schülerschaft mit Behinderung! Und wird die Bildungspolitik der Tatsache Rechnung tragen, dass im Förderschulbereich sich sehr viele Schulen in privater Trägerschaft befinden, viele in der Trägerschaft der Kirchen!

Die KEG wird das Geschehen im Bildungsausschuss intensiv verfolgen und darauf achten, dass die bildungspolitischen Themen sachlich und am Gemeinwohl ausgerichtet behandelt werden. Wir Sonderpädagogen werden den Bildungsausschuss, seine Debatten, Entscheidungen und Vorschläge vor allem auch dahingehend beobachten, wie weiter den Anforderungen auch des Sonderschulwesens gerecht wird.

Wissenswertes aus dem Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2018 – 2023 geschlossen zwischen der CSU und den Freien Wählern

Der Koalitionsvertrag der bayerischen Regierung steht unter dem Motto „Für ein bürgernahes Bayern –menschlich – nachhaltig – modern“. Die neue Regierung will Bayern zukunftsfähig machen, aufbauend auf die sehr positive Ausgangslage und einem „einzigartigen“ bayerischen Lebensgefühls. Dabei geht sie auch neue Wege, um das Land zu modernisieren.

Auch wenn das bayerische Schulsystem eine Spitzenstellung einnimmt, „verpflichtet es uns aber auch, es weiterzuentwickeln und damit seine Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die Koalition bekennt sich klar zum differenzierten Schulsystem, das sich durch größtmögliche Durchlässigkeit auszeichnet, was die Chancengerechtigkeit gewährleistet. Um einer zunehmend heterogenen Schülerschaft gerecht werden zu können, müssen die Schulen - Grund-, Förder-, Mittel-, Real-, Wirtschaftsschulen und Gymnasien- auch weiterhin personell und finanziell gestärkt werden.

Elementare Bildungsziele sind:

„Soziales Verhalten, Erziehung zu Demokratie, Persönlichkeits- und Alltagskompetenzen sowie kreative und emotionale Entwicklung sind elementar für ein nachhaltiges und ganzheitliches Bildungsverständnis“.

Um das Spitzenniveau im Bildungsbereich weiter auszubauen, werden bis 2023 5000 Lehrer mit qualifizierter Ausbildung neu eingestellt. Ziel ist, Unterrichtsausfall zu vermeiden, kleinere Klassen zu erreichen, eine stärkere individuelle Förderung zu ermöglichen und den Lehrerberauf ohne Seiteneinsteiger zu decken.

Dem erhöhten Ausfall von Schulverwaltung wird Rechnung getragen. Insgesamt 500 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen und Sozialarbeiter werden geschaffen und die Schulsozialarbeit wird weiter ausgebaut. Das Ganztagsangebot soll flächendeckend geschaffen werden. Eine gestärkte Mobile Reserve soll Unterrichtsausfall noch weiter reduzieren.

Das Modell der Befristung von Anstellungen in den Schuldienst soll weitgehend abgebaut werden. Mit einem Sonderprogramm wird denjenigen befristet Angestellten, die über eine vollständige Lehrerausbildung verfügen und sich als Aushilfen bewährt haben, die Verbeamtung ermöglicht. Alle Lehrer sollen beim Berufseinstieg besser gestellt werden durch die Streichung der ersten Altersstufe in allen Besoldungsgruppen.

Um die Unterrichtsversorgung auch in Zukunft zu sichern, werden die Studienplatzkapazitäten ausgebaut. Die Zweitqualifizierung in Grund-, Mittel- und Förderschule wird fortgesetzt. Der „Lebensweltbezug von Lernen soll gestärkt werden“: Mehr Praxisangebote und Betriebspraktika. Schulen in privater Trägerschaft sollen eine Stärkung erfahren. Für kleinere Schulstandorte sollen bedarfsorientierte passgenaue Lösungen gefunden werden: Ihr Bestand wird gesichert. Die digitale Bildung wird kraftvoll vorangetrieben: Digitale Klassenzimmer, verbesserte IT-Ausstattung, ausreichende Breitbandanbindung.

Die berufliche Bildung soll gestärkt werden. Ebenso die duale Ausbildung. Die berufliche Orientierung wird weiterentwickelt.

Dem Thema Inklusion sowie den Förderschulen wird ein eigenes kurzes Kapitel gewidmet. Betont wird die Wahlfreiheit der Eltern bezüglich Regelschule und Förderschule. Die Förderschulen sind unverzichtbare sonderpädagogische Kompetenzzentren und ein Motor für die Inklusion. Durch die Öffnung der Förderschulen wird die Vielfalt der Angebote ausgebaut. Für die inklusive Bildung an staatlichen Schulen wird ein pädagogisches Rahmenkonzept erarbeitet. Des Weiteren werden positive Aussagen zu Demokratieerziehung und Wertebildung zu einer verbesserten Schülermitverantwortung angeführt.

Im Kapitel „Stabiles Bayern“ wird ein uneingeschränktes Ja zum Beamtenstatus und zum Berufsbeamtentum gesagt und die Bürgerversicherung wird abgelehnt. Um für den Öffentlichen Dienst geeigneten guten Nachwuchs zu gewinnen, wird zum Berufseinstieg die Eingangsbesoldung auf die zweite Altersstufe angehoben. Die Familienfreundlichkeit des Öffentlichen Dienstes wird gesteigert.

Wie unsere Anliegen im Koalitionsvertrag berücksichtigt bzw. berührt werden, werden wir im Leitartikel dieser Mitteilungen darstellen.

Schulische Pflegekräfte-Schulbegleiter an Förderschulen

Die Stunden der schulischen Pflegekräfte, die der Staat den Schulen zur Verfügung stellt, sind seit Jahren „gedeckt“. Entsprechende Stellen werden nicht vermehrt. Der Staat zieht sich aus unserer Sicht von dieser Aufgabe zurück. Die Bezirke gleichen die entstehenden Lücken durch die Genehmigung von Schulbegleitern als „einzelfallbezogene Hilfe“ aus. Die „Schulbegleiterstunden“ müssen jedes Schuljahr durch die Erziehungsberechtigten aufs Neue beantragt werden. Häufig kommen nicht qualifizierte Personen zum Einsatz, da eine bestimmte Qualifikation nicht verlangt wird. Die Katholische Erziehergemeinschaft – Referat Förderschulen – sieht hier großen Handlungsbedarf.

Zum einen reicht die Zahl der benötigten schulischen Pflegekräfte an Förderschulen nicht aus: Hier müsste unbedingt nachgebessert werden. Zum anderen steht die Anstellung von Schulbegleitern qualitativ auf labilen, unsicheren Füßen. Die Schulen brauchen auch hier Stabilität und Verlässlichkeit und Personal in ausreichender Zahl.

Die Schulbegleiter für Förderschulen sollen eine entsprechende Ausbildung nachweisen bzw. zu einer Ausbildung -ggf. zu Fortbildungen mit heilpädagogischer Ausrichtung- abgeordnet werden. Wir erachten eine Ausbildung im Umfang und „Setting“ einer(s) „Staatlich geprüften Kinderpfleger(in)“ als erforderlich (in manchen Fällen auch als Erzieherin/ Fachkraft!!)

Die KEG hält eine Qualifizierung im Hinblick auf die verschiedenen Anforderungen in ihrem Einsatz an Förderschulen für unverzichtbar.

Die jährlich notwendige Beantragung von Schulbegleitern – für je ein bestimmtes Kind – sollte beseitigt werden. Das nämlich ist Ursache für die Unsicherheiten, die den Schulen und den (meist) privaten Trägern entstehen. Eine für die Schulen zweckmäßige Lösung wäre, jeder Schule einen Pool an Schulbegleiterstunden zur Verfügung zu stellen, dessen Umfang sich anhand von „Hilfebedarfsgruppen“ der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen berechnet werden könnte (Anmerkung: Hilfebedarfsgruppen werden z.T. der Tagesstättenfinanzierung zugrunde gelegt). Der Einsatz der Schulbegleiter sollte pädagogischen Grundsätzen folgend weitgehend eigenverantwortlich erfolgen.

Der KEG ist bewusst, dass unsere Forderung bisherige Verfahrensweisen außer Kraft setzen würde. Ihr ist auch bewusst, dass die Bezirke ebenso wie das Kultusministerium betroffen sind. Hier müssen die Bezirke und das Bayerische Kultusministerium eine einvernehmliche Lösung für die Finanzierung finden.

Die Katholische Erziehergemeinschaft bittet das Kultusministerium, sich mit diesem Anliegen zu befassen und eine Lösung im dargelegten Sinne anzustreben.

Der Berufsbildungsbericht 2017 – einige Bemerkungen

Der Berufsbildungsbericht 2017 basiert auf dem Stand von April 2017 und berichtet zum größten Teil auf Zahlen des Jahres 2016. Der Bericht befasst sich in erheblichem Umfang mit den schon laufenden und neu geplanten Maßnahmen für junge Menschen mit Migrationshintergrund und mit der Tatsache, dass Fachkräftemangel herrscht und bereit stehende Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können.

Was „unsere“ Schülerschaft betrifft, findet man eine Vielzahl von Maßnahmen und Angeboten, die hier stichpunktartig aufgeführt werden:

- Das Berufsgrundbildungsjahr
- Das Berufsvorbereitungsjahr
- Berufseinstiegsklassen
- Das Bundesprogramm für schwer erreichbare junge Menschen-Programm „RESPEKT“
- Das Bundesprogramm „EST-Integrationsrichtlinie Bund“ für junge Menschen mit besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeit oder Ausbildung

Unter den „Spezifischen berufsbildungspolitischen Maßnahmen und Programmen wird das Förderprogramm Initiative Inklusion – Handlungsfeld Berufsorientierung aufgeführt.

Deren Zielsetzung:

Das Programm zielt auf verbesserte berufliche Orientierung schwerbehinderter Schülerinnen und Schüler, insbesondere mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Mit den Mitteln des Programms sollen 40.000 schwerbehinderte Jugendliche beruflich orientiert werden.

Die Anschubfinanzierung soll die Länder in die Lage versetzen, im gesamten Bundesgebiet Strukturen für eine berufliche Orientierung zu schaffen. Nach Auslaufen des Programms soll ein Übergang in Regelförderung durch Bund und Länder erfolgen, z.B. im Rahmen des § 48 SGB III.

Deren Resultate:

Zum Stand 30. September 2016 konnten rund 29.800 Maßnahmen zur beruflichen Orientierung für schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler begonnen werden.

Dem Gedanken der Inklusion entsprechend setze sich der Bund dafür ein, dass die Bund-Länder-Vereinbarungen der „Initiative Bildungsketten“ die Jugendlichen mit Behinderungen selbstverständlich mit einbeziehen und den spezifischen Belangen – wo erforderlich – Rechnung tragen. Dies gelte insbesondere für die Verstetigung von Maßnahmen der beruflichen Orientierung, die im Rahmen der Initiative Inklusion anschubfinanziert werden.

Entlastung der Schulleitung

Das Landesreferat Sonderpädagogik/ Förderschulen der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayern (KEG) bittet das Bayerische Kultusministerium um eine spürbare Entlastung der Schulleitungen der Förderschulen durch eine Erhöhung der Verwaltungsstunden und eine Erhöhung der Anrechnungsstunden für Schulleiter. Der Verwaltungsaufwand für die Schulleitungen der Förderschulen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die Zahl der Ganztagsformen an den staatlichen Sonderpädagogischen Förderzentren ist angestiegen. Die Organisation der Offenen und Gebundenen Ganztagschulen obliegt den Schulleitungen und bedeutet erheblichen Mehraufwand. Dabei ist auch der Verwaltungsaufwand groß. Während die Regelschulen zusätzliche Verwaltungsstunden zugeteilt bekommen, gehen die Förderschulen leer aus. Auch die Förderschulen müssen durch Erhöhung der Verwaltungsstunden entlastet werden.

Dass staatliche Schulen Zuschüsse für pädagogisches Personal für die Ganztagsbetreuung erhalten, anerkennt die KEG als wertvolle Hilfe, ändert aber nichts an dem grundsätzlichen Problem der Belastung der Schulleitungen. Hinzu kommen, und dies schon seit Jahren, Aufgaben, die in früheren Jahren noch nicht auf den Schulleitungen lasteten:

- Die Beratungen, die gegenüber Erziehungsberechtigten und Regelschulen verstärkt durchgeführt werden müssen
- Die Organisation der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste
- Vermehrt die Kooperation mit den Jugendämtern
- Vermehrt die Kooperation mit Kinder- und Jugendpsychiatrien
- Die organisatorischen und fachlichen Anforderungen im Zusammenhang mit inklusiven Maßnahmen
- Die Durchführung von Dienstlichen Beurteilungen

Diese beispielhafte Aufzählung macht die Zunahme der Verwaltungsarbeit an Förderschulen deutlich und belegt aus unserer Sicht die berechtigte Forderung, die Verwaltungsstunden und die Anrechnungsstunden deutlich anzuheben. Dann würde wohl auch das Dilemma entschärft, dass die Besetzung von Schulleiterstellen oftmals sehr schwierig ist.

Die KEG bittet das Kultusministerium, diese Anliegen zur Kenntnis zu nehmen und für Abhilfe zu sorgen.

Menschenverachtende Agitation gegen Menschen mit Behinderung! - Kleine Anfrage der Fraktion der „AfD“ im Bundestag zu Ursachen von Behinderung

Die AfD zeigt in ihrer Anfrage (Drucksache 19/1444) an die Bundesregierung ihr wahres Gesicht! : Menschenverachtung, Missachtung der Menschenwürde; das Leben von Menschen mit Behinderung sei „unwertes“ Leben.

Die AfD behauptet in dieser Anfrage, dass 60% der Todesfälle und Erkrankungen betroffener Kinder vermieden werden könnten, wenn die „Inzucht beendet würde“! Eine ungeheuerliche Behauptung, die keinerlei sachliche Grundlage und Begründung hat. Diese Unterstellung, dass ein wesentlicher Anteil schwerer Behinderung auf die Fortpflanzung innerhalb der Familie zurückzuführen sei, ist ein Schlag gegen Menschen mit einer Behinderung und auch gegen deren Eltern.

Die Anfrage der AfD an die Bundesregierung will wissen, wie sich die Zahl der Schwerbehinderten entwickelt habe, „insbesondere die durch Heirat innerhalb der Familie entstandenen“ und wie viele davon Migrationshintergrund haben. Auch diese weitere Frage nach dem Anteil der Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund lässt einen tendenziösen Hintergrund erkennen!

Solche Äußerungen und Fragestellungen verletzen die Menschenwürde und lassen den Schluss zu, dass nach Meinung der AfD – Abgeordneten das Leben von Menschen mit Behinderung „unwertes Leben“ ist und dass zu einem großen Teil die Eltern an deren Behinderung schuld sind.

In der Pressemitteilung der SPD – Bundestagsfraktion ist dazu Folgendes zu lesen: „Die Kleine Anfrage weckt Erinnerungen an die dunkelste Zeit in unserer Geschichte. Auch in der NS – Zeit wurde von „Vermeidung von Behinderung“ und von „lebensunwertem Leben“ gesprochen.“ (→ Welches dann ja bekanntlich „ausgemerzt“ wurde)

Wir Alle, im Besonderen auch die Katholische Erziehergemeinschaft als christlicher Verband müssen und wollen wachsam sein! Wir müssen Alles tun, damit sich diese unmenschlichen, verachtenden Tendenzen nicht verstärken und „einnisten“! Wir müssen und wollen für das Lebensrecht aller Menschen eintreten und gerade auch den Menschen mit einer Behinderung unsere Hilfe und Achtsamkeit anbieten. Was hier geschehen ist, muss uns aufrütteln! Eine Gesellschaft, in der jedes Leben lebenswert ist, dürfen wir nicht aufgeben! Nicht nur die SPD – Fraktion, sondern unseres Wissens nach bisher auch die der CDU, der Verband Sonderpädagogik e.V.(VDS) und der Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) haben auf die Anfrage der AfD klar Stellung bezogen.

Wir tun dies auch!

Förderschulen in Bayern: Statistischer Bericht zum Schuljahr 2017/2018

Das Bayerische Landesamt für Statistik hat den Statistischen Bericht für „Förderzentren und Schulen für Kranke“ Stand Oktober 2017 veröffentlicht. Wir exzerpieren daraus die wichtigen Daten und bedeutenden Aussagen:

- In Bayern bestehen im Schuljahr 2017/2018 350 Förderzentren, darunter 34 Schulen für Kranke.
- Es können weiterhin Kinder Förderschwerpunkt übergreifend unterrichtet werden.
- Schulträger ist bei 159 Förderzentren der Freistaat Bayern, bei drei Schulen ein Bezirk, auf private Schulträger entfallen 188 Schulen.
- Es wurden 5.129 Klassen an Förderzentren und Schulen für Kranke gebildet, das sind 75 bzw. 1,5 % mehr als im Vorjahr.
- Von den 4.720 Schülern, die 2017 aus der Schule entlassen worden sind, haben 1.670 den Abschluss der Mittelschule, 273 den qualifizierenden Abschluss der Mittelschule, 71 den mittleren Schulabschluss.
- Am 1. Oktober 2017 besuchten 49.000 Schüler die Förderzentren, 1,5 % mehr als im Vorjahr.
- Zum Beginn des Schuljahres waren 820 Gruppen SVE´s errichtet, mit einer durchschnittlichen Gruppenstärke von 9,1 Schülern.
- Von den 7.425 Kindern besuchen die meisten -56,79 % - eine SVE mit dem Förderschwerpunkt „Entwicklungsverzögerung und Sprachauffälligkeit“, dann folgen mit 22 % die SVE´s mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“.
- An den Schulvorbereitenden Einrichtungen waren 2.367 Personen tätig, 2.075 als Fachpersonal und 292 als sonstiges Personal wie Kinderpflegerinnen, 134 Sonderschullehrer und 1.241 heilpädagogische Unterrichtshilfen bzw. heilpädagogische Förderlehrer.
- 9.163 ausländische Schüler besuchen die Förderzentren.
- Insgesamt 222 Klassen/Gruppen mit 1.290 Schüler werden in Schulen für Kranke unterrichtet.